

Wiedersehen
Dankbar 3316
Taschechen 1123

Frankreich nicht dazu bringt, Sowjetrußland aufzugeben."

Ein Manifest gegen die französische Volkfront.

Dreihundert rechtsstehende französische Tages- und Wochenzeitungen veröffentlichen ein Manifest gegen die Volkfront, in dem die Bilanz der viermonatigen Regierungstätigkeit des Robins-Blum

gezogen wird, und das in der Beistellung gliedert: „Das Experiment Blum nach eines Tages ein Scheitern über tragisches Ende nehmen.“ Bemerkenswert ist, daß ein Blatt mit einer so starken Verbreitung wie der „Welt Pariser“ das Manifest nicht veröffentlicht. Zur Beurteilung der politischen Lage wurde dieser Ausgabe gegen die Regierung Blum wird darauf hingewiesen, daß bei über 12.000 Fran-

ken in Frankreich es sich hier also nur um einen Bruchteil der Presse handelt.

Der Volkstempel in Amerika.

In einer in Detroit erhaltenen Rede erklärte Präsident Roosevelt, daß es eines Tages großen Wert sei, den Volkstempel an der amerikanischen

Arbeiter zu verbessern. Das Jahr 1936 liege im Zeichen des besten Fortschritts der amerikanischen Arbeiterbewegung; alle Amerikaner sollten wissen, daß es das wertvollste „Autogramm“ der Nation werden würde. Jedenfalls sei die Unterzeichnung dieses Jahres dreieinhalb mal so groß wie die des Jahres 1932.

Schulverhältnisse

Im Schulpfanzug Wlitzschan bei Teplic Schan leben außerdem 2000 Tschechen und etwa 20 deutsche Kinder befinden die dortige Volksschule. Den Zustand der Räumlichkeiten eben dieser Volksschule zu schildern, dazu reichen wohl die Worte nicht aus; die nebenstehenden Bilder geben dafür ein halbwegs anschauliches Bild.

Die Schule zu Wlitzschan wurde im Jahre 1845 — also vor 91 Jahren — errichtet und im Jahre 1870 durch einen Anbau vergrößert. Von den 6 Schulräumen mußten 3 in eiserner werden, da die Gefahr besteht, daß dort eines schönen Tages die Decke herabfällt. Bild 1 zeigt diese Schule in ihrer ganzen Schattigkeit. Trotz wiederholter Vorarbeiten im Schulministerium, trotz behördlicher Verfügungen, die jedesmal der Gemeinde allerbald Unkosten verursachen, wurde keine Abhilfe geschafft, dafür aber wurden Verpfändungen, am laufenden Band schier, gegeben. Einmal stellte man sogar eine staatliche Subvention — man höre und laune! — von 30.000 Kr. in Aussicht und überließ es wohlweislich der Gemeinde, selbst dafür zu sorgen, die restlichen etwa 200.000 Kr. irgendwo aufzutreiben, denn in der Gemeindefasse befindet sich — und, daraufhin horst wirklich niemand gerne Geld; meißt auch die Bauplätze ins Wasser fallen.

Drei Schulklassen sind außerhalb dieses „Bruchhauses“ untergebracht; in welcher Weise, dafür legen die Bilder 3 bis 7 bereites Zeugnis ab. Die Bilder 2 und 8 aber zeigen uns Schulhöfe, die freigelegten wohl nur selten in Mittel-europa finden.

Daß es in unserem Lande aber auch Schulgebäude gibt, die den Reiz der anderen erweisen müssen, das zeigen die stehenden beiden Ansichten der Schule in der tschechischen Gemeinde Klanovec im Bezirk Brandeis a. C., in der — sage und schreibe — 429 Einwohner: Männer, Frauen und Kinder leben.

Am 23. August wurde die Sonderausgabe zum Landesgesetz vom 1. August 1937 der Landes Volksschulen in der Tschechoslowakei veröffentlicht.

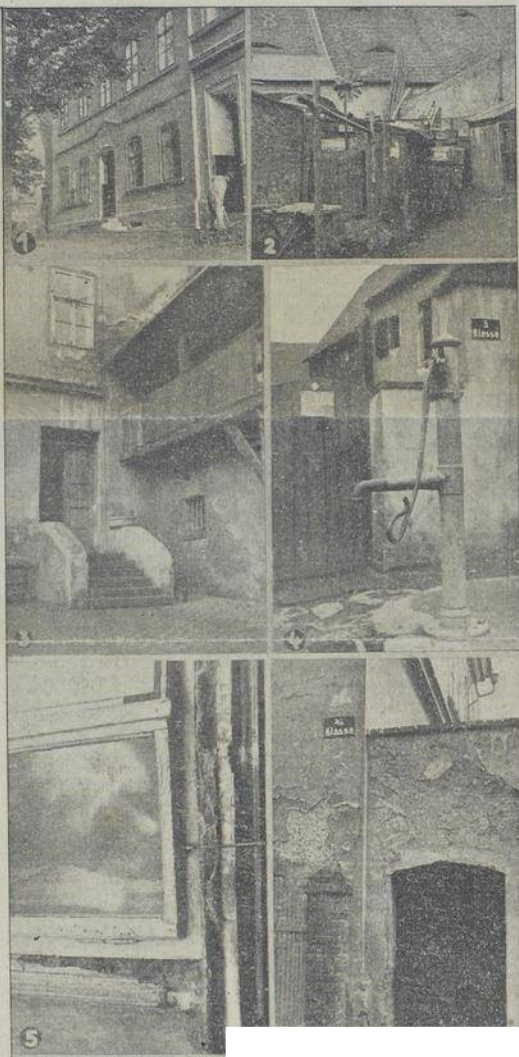
Für die DDR wies Landesdirektor Wagner daraufhin, daß die derzeitige Schulverteilung gegen die verbindliche Gleichberechtigung spreche. Er beschloß

sich eingehend mit der angestrebten Errichtung der Schulzentren in Jaronin und der Errichtung des Deutschen Kulturvereins in Zschornitz bei Reibitz, weiter mit der schrittweisen Umgestaltung der Gemeinden Sedletz, Duffel bei Hohen-Kramm aus Reibitz, Lärnplanitz, mit der Frage der Errichtung einer Schulzentren in Unterzschornitz bei Schmieditz und schließlich eingehend mit der Nichterrichtung von Parallelklassen an den Volksschulen in Zschornitz, Zschornitz a. d. Elbe, Zschornitz a. d. Elbe.

Dr. Wagner stellte im Rahmen der DDR einen, den heutigen Verhältnissen entsprechenden Antrag: Der Landespräsident möge im Verein mit dem Landespräsidenten des Bundesrats dahin wirken, von der geltend gemachten Umverteilung zwecks Einplanung von Parallelklassen Abstand zu nehmen, so lange beschäftigungsfähige Lehrkräfte zur Verfügung stehen, besonders dann, wenn der Ortsschulrat bereit ist, die Errichtung der Parallelklassen zu übernehmen, was den Schulmännern für sie zu tragen. Im Vergleich dazu betriebe Dr. Wagner auf die oft völlig verfallenen tschechischen Minderheitenschulplätze. In Böhmen belaufen sich im Jahre 1936 in tschechischen Volksschulen 776 deutsche Schüler, während zu gleicher Zeit in deutschen Volksschulen nicht 150 tschechische Schüler Unterricht genossen. Von den Subventionen für private Schulen mit Defizitfähigkeit haben die Deutschen kaum 10 v. d. R. erhalten.

Dr. Wagner forderte, daß im Zusammenhang mit der Durchführung des Sprengstoffverfallgesetzes vor der Annullierung von Volksschulstellen möglichst die Errichtung des Bürgerwehrvereins ausbleibe. In Böhmen leben 206.617 tschechischsprachigen deutschen Bürgerwehren, 1277 Bürgerwehrstellen zur Verfügung. Es sah 194 Kinder auf eine deutsche Bürgerwehrstelle entfallen.

Dr. Wagner forderte, daß im Zusammenhang mit der Durchführung des Sprengstoffverfallgesetzes vor der Annullierung von Volksschulstellen möglichst die Errichtung des Bürgerwehrvereins ausbleibe. In Böhmen leben 206.617 tschechischsprachigen deutschen Bürgerwehren, 1277 Bürgerwehrstellen zur Verfügung. Es sah 194 Kinder auf eine deutsche Bürgerwehrstelle entfallen.



45072

Rede des Abgeordneten K.H. Frank, der Sudetendeutschen Partei
im Abgeordnetenhaus der Tschechoslowakischen Republik
am 3. Dezember 1936.

Hohes Haus !

Meine Kameraden !

Es freut mich, dass Herr Aussenminister Dr. Krofta im Hause
anwesend ist. Ich habe heute den ^HHerrn Aussenminister Dr.
Krofta, der vor Kurzem das Sudetendeutschum das zweite
Staatsvolk genannt hat, aufzurufen, er möge dieses zweite Staats-
volk, das Sudetendeutschum, nach dem Grundsatz der Gleichen
unter Gleichen gegen eine Lügenpropaganda in Schutz nehmen,
die auf Staatskosten von seinen eigenen Beamten gemacht wird.

Der Herr Obersektionsrat Josef Chmelář, Beamter in
der Abteilung 3 b der Nachrichtensektion im tschechoslowaki-
schen Aussenministerium hat vor Kurzem in dem bekannten Orbis-
Verlag in Prag in englischer und französischer Sprache eine
Broschüre erscheinen lassen, die den Titel führt "Die deutsche
Frage in der Tschechoslowakei". Im Aussenausschuss des Ab-
geordnetenhauses hat Dr. Peters diese Broschüre ein Pamphlet
genannt und der Herr Aussenminister Dr. Krofta hat daraufhin
scharf gegen Dr. Peters Stellung genommen, und diese Broschüre
eine "ernste, sachliche Arbeit". Ich glaube, es wäre besser
gewesen, wenn der Herr Aussenminister dieses Werturteil nicht
abgegeben hätte. Ich bin nämlich in der Lage, den Nachweis
zu erbringen, dass diese Broschüre wirklich ein Pamphlet
ist, ein Machwerk übelster Art, das Lügenpropaganda betreibt
und geeignet ist, das Ansehen des tschl. Staates im Ausland
herabzusetzen, zumal auch deswegen, weil es nicht vielleicht
1918, sondern 1936 in grosser Auflage an die Kabinette, Bot-
schaften und Gesandtschaften der europäischen Mächte versendet
wurde. Wir haben keine Sorge, dass diese Art von Propaganda
im Jahr 1936 einen besonderen Erfolg im Ausland haben könnte.
Denn der 19. Mai des Jahres 1935 hat die Fiktion vom tschechi-
schen Nationalstaat endgültig zerstört und die vielen Besuche
ausländischer Politiker und Journalisten haben das Ausland
über die wahren Zustände im tschechoslowakischen Staate aufgeklärt.

Wenn man die Broschüre des Herrn Josef Chmelář liest, hat man zunächst den Eindruck, dass sie in vielen Teilen dem bekannten und berüchtigten Memoire III entspricht, dass seinerzeit zusammen mit den übrigen 11 Memoires und den Noten von den Delegierten der tschechoslowakischen Revolutionsregierung den alliierten und assoziierten Mächten bei der Friedenskonferenz in St. Germain vorgelegt wurde, um den Anspruch zu dokumentieren, den der neuzugründende Tschl Staat auf die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens habe. Die Diktion und Argumentation in dieser Broschüre des Herrn Chmelář gleicht sehr oft dem Memoir III wie ein Ei dem anderen, Die zum Teile groben Tatsachenfälschungen bei geographischen, statistischen und bevölkerungspolitischen Angaben, die im Memoir III enthalten sind, kehren auch hier in dieser Broschüre wieder. Wir wissen, dass ja verschiedenen tschechoslowakischen Stellen heute der Inhalt des Memoir III selbst unangenehm ist, sonst würde, wie es mir persönlich passiert ist, das Memoir III nicht von der tschl. Zensur beschlagnahmt, wenn es in einer Broschüre meines Verlages zum Abdruck kommen soll.

Ich bin der Meinung, dass der Verfasser dieser Broschüre. Herr Chmelář, ein schlechtes Gewissen haben muss, wenn er nach 18 jährigen Bestande des Staates das Ausland mit solchen Mitteln, wie sie in der Broschüre enthalten sind, über die wahren Verhältnisse und Zustände im Staate hinwegtäuschen zu können glaubt. Vergessen Sie doch nicht, meine Herren, dass die schönen Tage von St. Germain vorbei sind, dass seit 1918 eine alte Welt mit veralteten und verrosteten Ideologien zugrunde gegangen ist und ein neues Europa, aufgebaut auf der gegenseitigen Anerkennung und Achtung des Volkstums, auf Gleichberechtigung, Ehre und Würde der Völker im Entstehen begriffen ist. / Abg. Dr. Stransky: Und die schönen Tage von Böhm-Leipsa jsou také vorbei - / Ausrufe der Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei/ Abg. Stransky: Tam řekl Henlein, že jste s námi" Dort sagte Henlein, dass Ihr mit uns seid. durch eine Schicksalsgemeinschaft verbunden". - /Ausrufe der Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei./

Wenn der Herr Aussenminister die Broschüre des Herrn Chmelář eine "ernste und sachliche Arbeit" nennt, so stimmt er /Ausruf des Abg. Dr. Stransky/ Das ist Ihnen unangenehm, das Memoir III., ich komme darauf zu reden. Herr Dr. Stransky Sie können demnächst sämtliche 12 Memoires gedruckt zu lesen bekommen, damit Sie sich von dem Inhalt überzeugen können, Sie scheinen sich nicht mehr daran zu erinnern. /Abg. Dr. Stransky: "Henleins Rede, ich kenne sie sehr gut! - Ausrufe der Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei/ Wenn der Herr Aussenminister diese Arbeit als eine " ernste und sachliche Arbeit" bezeichnet, so stimmt er wohl auch in das Loblied ein, das so viele liberale Kreise hier im Staate der "Stabilität unserer Verhältnisse"singen. Wir sind der Meinung, dass es besser wäre, wenn im Staate in vielen Dingen etwas weniger Stabilität, dafür aber etwas mehr Vitalität und Mut vorhanden wäre, den Problemen in allen Bereichen unseres volklichen und staatlichen Lebens an die Wurzel zu gehen. Dann wäre bei uns nicht nur Stabilität, sondern auch Zufriedenheit im Staate. Meine Herren, die Entwicklung in Europa dürfen Sie vor allem nicht beurteilen aus der Emigranten und der bekannten Hetzpresse. Sonst könnte es Ihnen passieren, dass Sie einmal plötzlich auf der "Insel der Einsamen und Verlassenen"sähh befinden. /XXX. Beifall der Abg. der Sudetendeutschen Partei/ .

Nun zur Broschüre selbst. Herr Chmelář hat in der "Prager Presse" vom 20 November 1936 selbst zugegeben, dass seine Broschüre zur Information des Auslandes bestimmt sei, um gegen die Auslandspropaganda meiner Partei Stellung zu nehmen. Es freut mich zunächst einmal feststellen zu können, dass es jetzt amtlich bescheinigt ist, dass es eine deutsche Frage in der Tschechoslowakei gibt, Bisher hat es sehr viele tschechische Stellen gegeben - ich erinnere nur an jenen Bezirkshauptmann von Podersam, für den das Sudetendeutschtum nicht existent war. Ich konstatiere folgendes: Die Zahlen und Ziffern, die ich Ihnen jetzt nennen werde, und die im schreienden Gegensatz zu den Zahlen und Ziffernmaterial des Herrn Chmelář stehen, sind dem amtlichen statistischen Material des tschl Statisti-

schen Staatsamt entnommen. Ich bin der Meinung, es gibt nur eine amtliche Statistik, und wenn Herr Josef Chmelář nächsten amtliche statistische Zahlen verarbeitet, so rate ich ihn, er möge sich eine Brille ohne Korrekturgläser aufsetzen /Beifall der Abg. der SdP/. Es wirkt etwas peinlich, wenn man nachher wegen der Fehler zur Rede gestellt, selbst zugeben muss - wie er es in der "Prager Presse" vom 20. November 1936 tut - dass ihm da und dort "ein Versehen" unterlaufen ist. Solche Versehen sind uns bekannt, die sind in tschechischen Publikationen sehr oft vorhanden. Aber auch das Ausland versteht amtliche Statistiken richtig zu lesen.

Ueber den historischen Teil der Schrift kann ich mich hier nicht weiter äussern. Hier steht einfach der deutschen Geschichtsauffassung eine seit 1918 konstruierte tschechoslowakische Geschichtsauffassung diametral entgegen. Wir werden die ^{deutschen} unsere demnächst in einem/wissenschaftlichen Geschichtswerke der Oeffentlichkeit unterbreiten.

Interessant ist folgendes. Herr Chmelář nimmt in dem Büchlein eine Einteilung des Sudetendeutschen Gebietes vor und zwar erst in sechs Zonen und dann in acht Zonen. Wir erinnern uns auch hier wieder sehr an die ähnliche Einteilung und Argumentation in jenem berüchtigten Memoire III. Diese Einteilung ist unhaltbar. Es gibt ein geschlossenes sudetendeutsches Siedlungsgebiet, das ununterbrochen östlich von Gablonz über Asch bis in den südöstlichsten Zipfel von Böhmen reicht. Und das wird auch Herr Josef Chmelář nicht ändern. Selbst wenn Sie dabei das gewaltsame Vordringen des tschechischen Elementes ins deutsche Gebiet seit 1918 berücksichtigen, selbst wenn Sie berücksichtigen, dass seit 1918 eine Unzahl von tschechischen Staatsbeamten ins deutsche Gebiet kamen, die kinderreiche tschechischen Handwerkerfamilien, Arbeiterfamilien und Lehrer nach sich zogen, selbst wenn Sie berücksichtigen, dass wir seit 1918 über 400000 ha Bodens über 40.000 Staatsbeamtenstellen und eine Unzahl von deutschen Arbeitsplätzen verloren haben, bleibt immer noch ein beträchtliches, geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet beste-

hen.

Herr Chmelář spricht davon, dass "breite tschechische Sprachzonen", die die einzelnen Teile des deutschen Sprachgebietes von einander trennen vorhanden wären. Meine Herren, wissen Sie welche Ausmasse diese breiten tschechischen Sprachzonen haben? Ich habe mir die Mühe genommen und auf einem genauen Atlas und genauen Zirkeln diese Ausmasse festgestellt und teile Sie Ihnen mit: Zwischen den deutschen Bezirken Grulich und Rokitznitz beträgt die Luftlinie 1 km. Zwischen dem Bezirk Braunau und der letzten deutschen Gemeinde Gieshübel im Bezirke Neustadt beträgt sie 13 km. Zwischen den Bezirken Tannwald und Rochlitz 1 km. Die Schönhangst-Gau- Sprachinsel ist bei Mügilitz einen km und bei Schildberg 4 km vom deutschen Sprachgebiete Nordmährens entfernt, eine Trennung deutschen Sprachgebietes durch die Bezirke Brüx und Dux gibt es überhaupt nicht, da alle deutschen Gemeinden dieser Bezirke eine einwandfreie Verbindung mit den deutschen Gemeinden des Bezirkes Komotau und des Bezirkes Teplitz-Schönau haben. Auch ist Wetsböhmen von Südböhmen nicht zu trennen, denn das Gebiet der deutschen Gemeinden im Bezirke Taus ist an der schmalsten Stelle immer noch 2 km breit. Sie sehen, dass diese Angaben des Herr Chmelář nicht haltbar sind.

Sehr interessant ist auch, was uns Herr Chmelář über die Grenzwälder erzählt. Ich glaube er hat Schillers Räuber oder Sakespeare herangezogen, in-dem er in uns Bilder erweckt, als wenn diese Grenzwälder unwegsame finstere Gegenden wären oder unüberstägbar Gebirge. Ich lade ihn ein, einmal diese Gegenden zu besuchen, um zu sehen, wie vielerorts der Egerländer, der Erzgebirgler, der Böhmerwälder und der Schlesier hart am reichsdeutschen gleichstemmigen Volksgenossen siedelt.

Herr Chmelář hat es sich zur Aufgabe gemacht, in seiner Broschüre nur die tschechischen Städtenamen der deutschen Städte anzuführen. Ich glaube, auch das ist nicht sonderlich geeignet das Ausland aufzuklären, weil die amtlichen tschechischen Namen der deutschen Städte nicht bekannt ~~ist~~ sind.

~~Bitte Herr Chmelář weisst es mir wirklich mit~~

Bei Herrn Chmelář heisst es wörtlich weiter: " Es ist unmöglich, zwischen den tschechischen und deutschen Zonen eine ethnographische Grenze zu ziehen." Auch hier lade ich Herrn Chmelář ein, mit mir eine Fusswanderung entlang der deutschen Sprachgrenze zu machen, damit er sich überzeugen kann, dass es in den meisten Fällen heute noch eine haarscharfe Trennung zwischen hier deutschen Dorf, hier tschechischen Dorf festzustellen ist.

Es heisst dann weiter: " Die deutsche östliche Zone von Böhmen , umfassend die politischen Bezirke Bischofteinitz bis exklusive Brüx zählt 835.000 Einwohner." Ich stelle fest dass nach der amtlichen Volkszählung vom Jahre 1930 in diesen 20 politischen Bezirken nicht 835.000 sondern 955.749 Einwohner siedeln. Ein beträchtlicher Unterschied.

Chmelář nennt die Bezirke Brüx und Dux mit 42.1% , bzw. 40.5% tschechischen Bevölkerungsanteil gemischte Bezirke während nach ihm der politische Bezirk Senftenberg mit 43.3% deutscher Bevölkerung plötzlich ein Bezirk mit tschechischer Mehrheit ist. Den politischen Bezirk Starkenbach führt er als rein tschechischen Bezirk an, trotzdem dort heute noch eine deutsche Minderheit von genau 19.99% lebt. Wie er es braucht. so führt er es an. Die deutsche Gegend in Norden von Mähren hat nicht wie Herr Chmelář behauptet ~~325.000~~ 325.000 Einwohner sondern wiederum nach den amtlichen Volkszählungsziffern 378.000 Einwohner.

Schon aus der Wahl der politischen Bezirke als Vergleichsbasis geht einwandfrei die Tendenz dieser Broschüre hervor und wir werden uns die Mühe machen eine Gegenbroschüre herauszugeben, die klar und eindeutig alle diese Fälschungen aufweist. /Sehr richtig, - Abg. Dr. Neuwirth: Wird beschlagnahmt!/ Dann kann sie im Ausland erscheinen.

Die deutschen Bezirke mit 512.614 Tschechen von 2.982.968 Einwohnern also 17% Tschechen, sind natürlich für einen Vergleich vorteilhafter als das Gebiet der deutschen Mehrheitsgemeinden mit 366.153 Tschechen von 3.202.782 Einwohnern. Das wären allerdings nur 11% .An dem Beispiel des oben angeführten "rein tschechischen " Bezirkes Starkenbach gesehen, würde das eine wieder andere ...

wie das andere Gebiet als rein deutsch anzuführen sein.

Die starke Vermischung des Gebietes der Bezirke mit deutscher Mehrheit durch Tschechen ist also nur auf dem Papier durch eine zweckentsprechende Ziehung der Bezirksgrenzen entstanden, indem man eben einen deutschen Sprachgrenzbezirk einige rein tschechische Gemeinden anhängte.

Chmelář sagt weiter: " Unter den Sprachinseln, die ganz vom tschechischen Gebiet umringt sind, muss man sich die von Mähr-Trübau merken." Nun meine Herren, das ist wohl eine der unerhörtesten Fälschungen, die hier vorkommen. Diese deutsche Sprachinsel heisst bei uns der Schönhengster-Gau und diese Dprachinsel besteht aus 125 deutschen Gemeinden mit deutscher Mehrheit in denen nicht 51.000 Deutsche, sondern nach den amtlichen Volkszählungsergebnis 103.742 Deutsche und 9.027 Tschechen wohnen. / Unerhört!/.

Chmelář schreibt weiter: " Man rechnet in der sogenannten deutschen Zone Böhmens 305.200 Tschechen und in den sogenannten deutschen Zonen Mährens 365.852 Tschechen".

Meine Herren, auch diese Zahlen sind gefälscht. In den deutschen Mehrheitsgemeinden Böhmens leben nach der amtlichen Statistik nur 276.279 Tschechen und nicht 305.000, und in den deutschen Mehrheitsgemeinden Mährens und Schlesiens nur 76.014 Tschechen und nicht 365.000. Es ist das ein etwas unliebsames Versehen , das hier dem Herrn Chmelář wieder passiert ist.

Aber , meine Herren, nun einer der Höhepunkte dieser lieblichen Schrift. Ich zitiere wiederum wörtlich und ich bitte meine deutschen Kameraden gut aufzupassen." Trotz ihrer Sprach- und Rassenverwandtschaft bildeten die Deutschen der böhmischen Länder jederzeit einen germanischen Typus "Sui generis", selbständig durch besondere Züge Ihrer Literatur, Ihrer Kunst, Ihrer Volksbräuche und ihrer Traditionen. Dieser Typus verriet den Einfluss der tschechischen Nachbarschaft, weil diese Deutschen seit beinahe Tausend Jahren den Ländern der böhmischen Krone angehören."

Gestatten Sie, Meine Herren, von der tschechischen Seite,

lichkeit festhalten, dass die 1. Nationalversammlung des Staates, die diese Verfassung beschloss, nur Tschechen und Slowaken umfasste und entgegen der klaren völkerrechtlichen Verpflichtung des tschechoslowakischen Staates aus dem Vertrag von St. Germain die Minderheiten ausschloss. An die Stelle der revolutionären Nationalversammlung hätte eine gewählte, die gesamte Bevölkerung umfassende Volksvertretung gesetzt und einzig und allein dieser Volksvertretung die Verfassungsgebung vorbehalten werden müssen. Die damals beschlossene Verfassungsurkunde, ferner das als ihr Bestandteil bezeichnete Sprachengesetz und die Geschäftsordnungen der beiden Kammern des Parlaments sind daher ~~noch heute noch~~ im Sinne des Artikels 1 des Friedensvertrages ungültig.

Die damit zum Abschluss gekommene erste Entwicklung unseres staats- und völkerrechtlichen Verhältnisse veranlassten die deutschen Parteien, in der ersten gewählten Nationalversammlung die grosse staatsrechtliche Erklärung abzugeben, in der der Standpunkt des Sudetendeutschtums zum Staate und zu den vertragswidrigen Verfassungsgrundlagen umrissen wurde:

„Wir Vertreter der deutschen Minderheit im Tschechoslowakischen Staate haben fest, dass ein Verbot gegen die Grenzüberquerung, wenn man sich die verbindlichen Schritte bei Wahrung der Friedensverträge leisten können, ist ein Verbot, das dieser Staat mit dessen bei gütlicher Einigung zwischen ihm und der tschechoslowakischen Regierung über den neuen Grenzverlauf getroffen worden sind.“

... Wir erklären demnach hiermit, dass wir niemals anerkennen werden, die völkerrechtliche Bestimmung über den Grenzverlauf zu fordern.“

Damit setzt ein Kampf aller deutschen Parteien um die Rechte der deutschen Volksgruppe in diesem Staate ein.

Den Grund für das Fehlschlagen aller innerstaatlichen Bemühungen des Sudetendeutschtums, zu seinem Rechte zu gelangen, müssen wir auf tschechischer Seite vor allem in der herrschenden Ideologie des Nationalstaates und der Herrennation sehen. Jeder kleine Beamte ist von diesem Geiste erfüllt und so werden die falschen ideologischen Voraussetzungen des Verhältnisses zwischen den beiden Hauptvölkern des Staates bis tief ins tschechische Volk bis in die letzte Amtsstube des Verwaltungsapparates getragen.

Als man ^{er}erkennt ^{er}musste, dass innerpolitisch nichts erreicht werden konnte, wurde der Weg nach Genf angetreten. Bei dem Geiste des Völkerbundes war es nicht zu verwundern, dass alle eingebrachten Petitionen nicht nur erfolglos, sondern sogar unbeantwortet blieben.

Das Ergebnis dieser bis 1926 dauernden Periode ist ein ständiger Verlust des Sudetendeutschums in allen seinen Lebensbereichen von ganz ungeheueren Ausmassen. Eine neue Periode der innerstaatlichen Entwicklung beginnt 1926, als die Bemühungen des als Persönlichkeit seine Landleute weit überragenden tschechischen Bauernführers Švehla unter dem Motto „Gleiche unter Gleichen“ zum Eintritt zweier, damals verhältnismässig starker, deutscher Parteien führten.

Dieser Eintritt in die Regierung und die vollzogene Wandlung eines Teiles des Sudetendeutschums zu Aktivisten geschah bedingungslos. Es ist ohne Zweifel, dass damit die Front unserer Abwehr und unseres Kampfes um das Recht ~~heuerlich~~ in eine Etappe zurückverlegt wurde. Auf deutscher und tschechischer Seite war die Möglichkeit geschaffen worden, alles bisherige Unrecht abzuändern. Was geschah aber in Wirklichkeit? Mit grössten Hoffnungen gingen die aktivistischen Parteien im Vertrauen auf die wirklich staatsmännischen Einsichten Švehlas ohne vorherige Festlegung eines Programms in die Regierung. Švehla aber wird krank und scheidet schon lange vor seinem Tode aus dem politischen Geschehen aus. Die folgenden tschechischen Regierungen erfassen die Möglichkeit nicht, für die innere Befriedigung und den Ausbau des Staates wirklich wertvolles zu leisten. Die deutschen Regierungsparteien aber, bei denen ~~Answocher~~ die Christlichsozialen durch die Sozialdemokraten ausgetauscht wurden, kämpfen mit immer enger werdenden Blickfeld um engherzige Partei- und Standesinteressen und vergessen dabei immer mehr auf ihre Pflichten gegenüber dem eigenen Volke. Das Schuldkonto der ~~Land~~ deutschen Minister wird immer grösser. Als „Gleiche unter Gleichen“ verliert das Deutschtum täglich weiter an Rechten und Besitzstand. Diese Unfähigkeit und der vielfach sichtbare Mangel an Willen, die deutschen Rechte zu schützen, drückt sich allein schon in ^{nimm Reich} ~~einigen~~ hier angeführten, die deutsche Existenz bedrohenden Gesetzen aus, die die aktivistischen deutschen Parteien widerspruchslos seit 1926 mitbeschlossen haben:

Jahr für Jahr geben sie ihre Zustimmung zum Staatsvoranschlag mit all seinen Ungerechtigkeiten und Verletzungen des Minderheiten-ⁿ Staatsrechtes gegen uns Deutsche. Die zwar schon vor der Teilnahme deutscher Parteien an der Regierung beschlossene und in Angriff genommene „Bodenreform“ schreitet auch in diesem Zeitabschnitt fort und wirkt sich den Deutschen gegenüber entnationalisierend aus. All die schweren Auswirkungen ~~und~~ ^{der} Entnationalisierung

~~ge~~ werden ohne jeden Protest hingenommen. Das „Gesetz über die politische Verwaltung“, gegen das kurz vorher die deutschen Sozialdemokraten unter Anführung Dr. Czechs Sturm liefen, wird vorbehaltlos von den deutschen Aktivisten angenommen und führt zu einem schweren Verlust in unserer an sich schon verkürzten Selbstverwaltung. Die „Abänderung der Gemeindewahlordnung in der Gemeindenovelle ex 1935“ bringt eine weitere bedeutende Einschränkung des Bürgerrechtes. Rundschreiben der Reichsparteileitung des BdL vom 21. Juli 1933, die in unserem Besitze sind, zeigen eindeutig, dass die Aktivisten nicht nur unfähig und nicht gewillt waren, sich für die Erhaltung so allgemeiner politischer Rechte einzusetzen und dafür zu kämpfen, sondern dass sie pflichtvergessen in der Regierung und im Parlamente für all diese Gesetze stimmten, um ihre ständig schwächer werdenden Positionen zu sichern. Diese schamlose Ausnützung einer Rechtsminderung des gesamten Sudetendeutschtums für Parteizwecke ist eines der charakteristischsten Merkmale der Politik der deutschen aktivistischen Parteien. Hierher gehört schliesslich die von den Tschechen planmässig vorbereitete und von ~~der bisherigen verantwortungelosen~~ *unverantwortlichen Lauf der tschech. Politik* ~~undeutschen Politik~~ mitbeschlossene Reihe von Gesetzen, die die Staatsmacht vom Parlament auf die Regierung, also auf eine kleine Gruppe von Menschen verlagern und das jeweils herrschende Regime mit Demokratie gleichzusetzen trachten: das Ermächtigungsgesetz, das sog. „Ueberschutzgesetz“ mit der unkontrollierbaren Auswirkung der Untersuchungs- und Prozesstechnik, das „Parteiauf Lösungsgesetz“ mit den verheerenden Begleiterscheinungen der Gewerkschaftsauflösung und der vorbildlosen Schädigung von rund 70.000 deutschen Arbeitern, die „Lex Uhlir“, die 1600 deutschen Kindern den Unterricht in der Muttersprache nahm und den Behörden die gesetzliche Handhabe zum Verbot des deutschen Privatunterrichtes kontrollos in die Hand gab, und schliesslich das „Staatsverteidigungsgesetz“ vom Mai 1936, das diese Entwicklung letzten Endes nur kodifizierte. Der Sinn dieses umfangreichen Gesetzes ist ja schliesslich nichts anderes als: „Die Regierung kann alles tun, was sie für die Staatsverteidigung als nützlich und notwendig erachtet; mit der Durchführung dieses Gesetzes wird die Regierung beauftragt.“ Damit war ein weiterer grosser Schritt zur „autoritären Demokratie“ und damit zu neuerlicher Rechtlosmachung des Sudetendeutschtums unter Zustimmung unserer Aktivisten getan. Die Auswirkungen einer solchen Gestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse unter Teilnahme deutscher Parteien konnten im

sudetendeutschen Gebiet nicht ausbleiben. Die Kritik des Volkes an den zwei aktivistischen Parteien wird im Sommer und Herbst 1933 immer heftiger, die Hoffnung der Verantwortlichen, durch die fortgesetzte Verfolgungs- und ^{konkreten} ~~rechtlichen~~ Enteignungswelle die Lebens- und Widerstandskraft des Sudetendeutschtums zu ^{maximalen} ~~erhalten~~, erfüllt sich nicht. Die ungebrochene seelische Kraft der Sudetendeutschen Volksgruppe und ein durch Leid und Erfahrung geweckter politischer Wille bahnt eine neue Entwicklung an. Vorläufig ganz stimmungsmässig setzt sich die Erkenntnis durch, dass das Sudetendeutschtum nur zu retten ist, wenn es einig wird, dass die Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen nicht von Parteien zu Parteien oder von der tschechischen Regierung zu den deutschen Aktivisten, sondern nur von Volk zu Volk möglich sei, dass der Versuch von 1926 fehlgeschlagen ist. So erscheint uns nach der Beseitigung der beiden nationalen Parteien die Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront und der Aufruf Konrad Henleins vom 1. Oktober 1933 nicht nur ^{als} die unvergängliche politische Tat eines Einzelnen, sondern gleichzeitig auch ^{als} der Ausdruck und die Verkörperung der Erkenntnis und des Willens von Hunderttausenden unserer Volksgenossen. Damit war der Versuch, das Sudetendeutschtum durch Ausschaltung seiner bisherigen Führungsschicht auf drei Jahre politisch führungslos zu machen und den Politikern der Aktivisten auszuliefern, zum Scheitern verurteilt. Konrad Henlein rief zur neuen Sammlung im Kampf für unsere Rechte auf.

Aber er bot gleichzeitig auch dem tschechischen Partner die Hand: „Die Sudetendeutsche Heimatfront wird auf dem Boden, auf den uns das Schicksal gestellt hat, unter Anerkennung des Staates, bei Einsatz aller gesetzlich zulässigen Mittel an der Erreichung dieser (ihrer) Ziele arbeiten. Sie bekennt sich zu der demokratischen Grundforderung vor allem der Gleichberechtigung der europäischen Kulturvölker und erblickt im friedlichen Ausbau dieser Grundlagen - unter voller Achtung der Volkspersönlichkeiten - die sicherste Gewähr für eine gedeihliche Entwicklung der Völker und Staaten des mitteleuropäischen Raumes.“

Die deutschen Regierungsparteien, die schon im Sommer 1933 die Bedrohung ihrer Existenz verspürt hatten, waren selbst für die Beseitigung der beiden nationalen Parteien eingetreten. Hatte sich doch der Ehrenvorsitzende des BDL Křepelka offen dazu bekannt, sich dafür bei den höchsten staatlichen Stellen eingesetzt zu haben.

Pfeil Wurm

Aber man wurde um die Hoffnungen betrogen. Die SHF brach sich mit elementarer Wucht Bahn und konnte nicht abgestoppt werden. Die erste Reaktion auf sie war auf tschechischer Seite Ratlosigkeit über diese Volksbewegung, auf deutscher Seite ein hasserfüllter Kampf bei den Sozialdemokraten und „Wohlwollen“ mit Hintergedanken auf Seite der deutschen Bündler.

[

Im ersten Jahr der Entwicklung der SHF konnte nichts den von der Sehnsucht des Volkes getragenen ^{Elan} ~~Vormarsch~~ und das Wachsen der Bewegung hindern, allen nur erdenklichen Mitteln, die angewendet wurden, zum Trotz. „Feinde ringsum“ war für uns die Losung eines jeden anbrechenden Tages. Ein Jahr lang tobte ein hemmungsloser Kampf aller derer gegen uns, die sich um die ^{erhofften} ~~verhofften~~ Früchte des Parteienauflösungsgesetzes betrogen sahen. [Da tritt nach Verboten, Hindernissen, Einschränkungen aller Art Konrad Henlein am 21. Oktober 1934 in Böhm. Leipa in der bisher grössten politischen Kundgebung im Staate ~~heuerlich~~ vor die Oeffentlichkeit und verkündet die Grundsätze unserer Politik. Zum zweiten Male fordert er die Tschechen zur Lösung der Nationalitätenfrage auf:

„Wir haben den Mut, die Hand zur ehrenvollen Verständigung zu bieten, bereit zu jeder Konsequenz, die für das Sudetendeutschtum aus Erfolg und Misserfolg dieser Verständigungspolitik erwächst.“

Wiederum wird die dargebotene Hand ausgeschlagen. Auf tschechischer Seite wird die Kundgebung missdeutet und in ihren wesentlichen Punkten dem tschechischen Volke vorenthalten; auf deutscher Seite tut sie ihre Wirkung: die Lager scheiden sich immer deutlicher und täglich stossen Tausende von Sudetendeutschen zu den Fahnen Konrad Henleins. Nach einem Wahlfeldzug, der den bewusst plötzlich ausgeschriebenen Wahlen ins Parlament und in die Landes- und Bezirksvertretungen vorausgeht, und der Konrad Henlein durch alle deutschen Gaue in einem Siegeszug führt, konnten wir als die stärkste Partei im Staate mit 1,249.498 Stimmen zwei Drittel des Sudetendeutschtums einnehmen. Ein in der Geschichte der demokratischen Staaten einzig dastehender Sieg war in harter Arbeit, aber loyal und legal errungen worden.

Am Tage nach den 19. Mai sendet Konrad Henlein das denkwürdige Telegramm an Präsidenten Masaryk und bietet auf diese Weise dem tschechischen Volk ^{und} ~~der~~ Regierung des Staates die einzigartige Chance, mit der überwiegenden Mehrheit des Sudetendeutschtums in Verhandlungen ^{mit} ~~zu~~ treten. Der 19. Mai war auch über die Grenzen

tendentschen Gebietes mit ihrer grauenhaften Auswirkung auf die Gesundheit und die biologische Kraft unserer Volksgruppe, wurde zum wertvollen Helfer dieses Entwicklungszieles. Die Reichenberger Worte des Staatspräsidenten von der Lösung der nationalen Frage durch die biologische Entwicklung erhielten einen grauenhaften Hintergrund und mussten jeden denkenden Sudetendeutschen mit Erbitterung erfüllen.

Noch in seiner Rede am 28. Oktober 1935 - die erste deutsche Rede - wand der damalige Aussenminister Dr. Benesch kein Wort über die innenpolitische Lösung der nationalen Frage. Sie schien für ihn trotz der engen Verknüpfung mit der Aussenpolitik nicht zu existieren. So wandte sich Konrad Henlein am 9. Dezember 1935 in seiner Londoner Rede zum ersten Male an die europäische und Weltöffentlichkeit und zwang die Blicke der Garanten des Friedensvertrages auf das ungelöste Problem und auf die Negierung der vertraglichen Verpflichtungen und ihre Auswirkung für die Existenz der Bedeutendsten Minderheit Mitteleuropas.

Wenige Wochen nachher, am 23. Feber 1936, zeigt der Führer unserer Bewegung in seiner Kulturrede im Deutschen Hause zu Prag die grundsätzliche Stellung auf, die wir in den wichtigsten Fragen unseres kulturellen Lebens einnehmen und beendet damit den ersten Teil unserer grundsätzlichen Erklärungen. Wir haben nun gesprochen. Die innen- und aussenpolitische Lage ermöglicht bald darauf unseren Gegnern nicht mehr, uns tot zu schweigen, sondern nötigt sie zu Stellungnahme und Antwort. Wir sind endgültig zum Motor des innen- und aussenpolitischen Geschehens in unserem Staate für die Tschechen wie für die Regierungsaktivisten geworden. Wir zwingen durch unseren grundsätzlichen Rechtskampf und durch unsere ständige Kontrolle des öffentlichen Lebens die aktivistischen Deutschen wie die Tschechen, die Existenz der Probleme endlich zuzugeben und sich mit ihnen zu beschäftigen: die deutsche Frage wird zum Zentralpunkt aller Reden und des politischen Geschehens im Staate.

Wohl als erstes Anzeichen der Beachtung und Berücksichtigung der durch unsere politische Arbeit bis zu diesem Zeitpunkt geschaffenen Lage können wir die Bemerkung des Staatspräsidenten in seiner Rundfunkrede für die Staatsverteidigungsanleihe am 4. Juni 1936 werten, "die Tschechoslowakei wird stets das gegebene Wort halten" Auch die Rundfunkrede Dr. Hodžas beim selben Anlass am 11. Juni

31

1936 brachte bemerkenswerte Aeusserungen: "Alle nationalen Minderheiten sollen ein dauerndes, sicheres Obdach auf den Grundlagen der nationalen Gleichheit findenDen Völkern genügen nicht in den Paragraphen sorgfältig niedergelegte Normen". Ausführlicher wird Staatspräsident Dr. Beneš schon in seinen Kundgebungen anlässlich der Reise nach Mähren am 15. und 16. Juni 1936: "Wir haben den Mut, zu sagen, dass beiderseits manches verbessert werden kann und verbessert werden muss. Ich bin dafür, dass die Deutschen in unserer Republik alles erhalten, was sie zu ihrem kulturellen und wirtschaftlichen Gedeihen brauchen." Deutlicher über die bisherige für uns negative Nationalitätenpolitik des Staates wird der Staatspräsident in seiner Antwort an die Vertreter der grossen sudetendeutschen Volkstumsverbände am 27. Juni 1936: "Wir wünschen aber auch keinen auf die Ausrottung oder Einengung des Gegners abzielenden nationalen Kulturkampf, welcher das gute Zusammenleben unserer Völker stören würde."

Auch die deutschen Aktivisten sehen in dieser Zeit ein, dass Schweigen kein Gold mehr für sie ist. Am 26. April 1936 hielt das Dreigestirn d s Jungaktivismus Hacker - Jaksch - Schütz grundsätzliche Reden zum deutschen Problem und der bisherigen Regierungsarbeit. Alle drei Reden konnten in ihrer Diktion von uns gehalten sein und sie endeten auch ausnahmslos in der Feststellung unhaltbarer Mängel und grundlegender Forderungen: das Sudetendeutschtum - das proletarisierteste Volk Europas, die natürliche nationale Bundesgenossenschaft des Arbeiters, Bauern, Handwerkers und Intelligenzlers, Ungelöstheit der nationalen Frage, unerträgliche Bürokratisierung, nationale Durchdringungs- politik der Grenzgebiete durch die Tschechen, Unverständnis für die berechtigten nationalpolitischen deutschen Forderungen, Schutz des Lebensraumes der Sudetendeutschen durch Anerkennung der Sprachgrenze, Notwendigkeit des Ausgleiches auf der Basis "ich Herr, du Herr".

Trotz ^{der} ~~dieser~~ ersten Ansätze/ zeigte man auf tschechischer Seite ~~aber~~ keinen ernsthaften Willen zur Einstellung der auf allen Gebieten gegen uns vorgetragenen Offensive und ergriff die wiederholt dargebotene Hand nicht. So erwuchs uns die Pflicht, auf der grossen Amtswaltertagung in Eger vom 19.- 21. Juni 1936 neuerlich unseren Standpunkt aufzuzeichnen. Konrad Henlein selbst formulierte in einer grundsätzlichen Rede die po

rungen des Sudetendeutschtums an den Tschechoslowakischen Staat und an das tschechische Volk: "Wir lassen es uns nicht weiter bieten, wenn auf tschechischer Seite die Forderung erhoben wird, die tschechische Volksgrenze bis an die Staatsgrenze vorzutragen. Das ist Imperialismus reinsten Wassers !" Aber die von uns gewünschte Klärung trat nicht ein. Statt eine Ueberprüfung der ^{über} Situation und Lage des Staates vorzunehmen, wurden neue Vernebelungsversuche unternommen. In vollkommener Verkennung der Tatsachen und der Absichten unserer Partei und Konrad Henleins antwortete der Ministerpräsident wenige Tage darauf, am 2. Juli 1936 im Senat, mit der Feststellung: "Die Beschwerden Konrad Henleins sind unbegreiflich, überflüssig und gegenstandslos".

Sich selbst und die Weltöffentlichkeit über den Ernst der Lage täuschend, glaubt man, die Lösung des Problems dadurch zu dokumentieren, dass der dritte deutsche Minister, der christlichsozialen Zajíček, allerdings wiederum ohne Ressort, in die Regierung gerufen wird. Trotz der Beschlagnahme sämtlicher Reden der Egerer Amtswaltertagung, trotz der Einstellung der "Rundschau" für ein halbes Jahr und der ablehnenden, die Tatsachen vernebelnden Rede Dr. Hodžas müssen sich aber alle kommenden Reden - und deren sind nicht wenige - mit der SdP und ihren grundlegenden Forderungen beschäftigen. So wird nun Eger der eigentliche Auftakt einer Diskussion über die deutsche Frage, die nicht mehr abreisst, sich

immer
~~sich~~
 Gebie
 die s
 ums w
 sönl
 niede
 inner
 Inter

ker werdenden
 gste die Tatsache
 die bisher im
 ms in einer vor-
 nmehr in der
 rst nach Monaten
 rgetragenen
 i 1936 als Ant-

33
wort auf die Egerer Rede unseres Führers, die in ihrer Klarheit und Gründlichkeit auch das interessierte Ausland ~~mahn~~ aufhorchen liess und für das feinhörige Ausland wohl zu plump erklärte, unsere Beschwerden wären überflüssig und gegenstandslos, gab der Staatspräsident schon in Brünn Mängel zu und wurde in seiner Rede beim Besuche Reichenbergs am 19. August 1936 noch deutlicher: "Ich weiss, dass unsere Deutschen praktische Beschwerden, Wünsche und Forderungen haben Ich trage kein Bedenken, zu sagen, dass in diesen Angelegenheiten Fehler geschehen sind, die sich nicht mehr wiederholen sollten Die deutschen Regierungsparteien haben alles schon diskutiert und bei der vorbereiteten neuen Aktion, die Herr Ministerpräsident Hodža eben angekündigt hat, wird gewiss richtig vorgegangen werden". Damit wird erstmalig von höchster Stelle die Berechtigung unserer Beschwerden und unserer Benachteiligung zugegeben, eine Tatsache, die sich nun beinahe in sämtlichen für die Oeffentlichkeit bestimmten Kundgebungen des Präsidenten in irgendeiner Form wiederholen, freilich ohne praktische Ergebnisse.

Das Sudetendeutschtum horcht auf und lauscht diesen neuen Tönen. Wie gross die Hoffnungen sind, die auf eine Aenderung gesetzt werden, zeigen die Ueberschriften, die die einzelnen deutschen Blätter der verschiedensten Richtungen zu diesen Reden brachten: "Grosse Hoffnungen erweckt" - "Jetzt Probe aufs Exempel" - "Mit allen Konsequenzen!". Umso grösser ist die Enttäuschung, als sich in den kommenden Monaten herausstellt, dass die Administrative unter völliger Missachtung der Worte des Präsidenten in ihrer alten Praxis fortfährt. So kommt gerade aus Nordböhmen - fast wie ein Hohn auf die Präsidentenworte - wenige Tage nach seiner Rede die Nachricht, dass die Bachregulierung in Nieder-Ehrenberg wiederum an tschechische Firmen und Arbeiter vergeben wurde. So ist es weiter nicht verwunderlich, dass den Kundgebungen des Staatspräsidenten auf seiner September-Reise in die Slowakei weniger Hoffnung als Resignation entgegengebracht wird, wenn er zur Nationalitätenfrage sagt: "Die Politik der nationalen Gerechtigkeit ist auch in Zukunft meine Poätik Den Minderheiten gehört alles, damit sie sich kulturell und sprachlich entwickeln können Ich weiss, dass in der Minderheitenfrage hier und dort manches verbessert werden kann."

34

Auch der Ministerpräsident Hodža gibt nun bei einem Presseempfang am 13. September 1936 mehr zu, als er in seiner Antwort an Konrad Henlein ursprünglich gewillt war: "Verwickelt sind diese regionalen Fragen bei uns durch nationale Probleme, weil die einzelnen Völker von den Krisenerscheinungen verschieden hart mitgenommen wurden Wir müssen es aber als eine Tragik im Rahmen der wirtschaftlichen Besserung bezeichnen, dass die deutschen Gegenden nichts davon haben und es wäre ein Fehler, wenn wir es konstatieren würden, ohne dagegen etwas zu tun. Um die regionalen Forderungen kennenzulernen, werden eigene Beratungskörper geschaffen und schon in den nächsten Tagen werden die Ernennungen erfolgen."

Die Debatten zum Staatsvoranschlag 1937 in der Herbstsession 1936 des Parlamentes geben uns die Gelegenheit, nicht nur darauf zu verweisen, dass ~~Am~~ Wochen und Monate ~~er~~ nach diesen Reden nichts geschehen war, sondern auch noch einmal in aller Schärfe die brennende deutsche Frage in allen Lebensbereichen aufzurollen. Wir umreißen grundsätzlich in vollster Breite aber auch im einzelnen das Problem und erheben schwerste Anklagen gegen die staatliche Administrative in allen Aemtern, von der Kultur und Wirtschaft bis zu den Prügelszenen in den Polizeiwachstuben. Wir müssen dabei feststellen, dass das durch die Reden ~~der~~ ^{der} Staatsmänner ~~geweckte~~ ^{für d. Su} Vertrauen des Sudetendeutschtums durch das Verhalten der Exekutive nunmehr vollkommen erschüttert und verschwunden ist.

Die von uns vorgebrachten Anklagen und Beschwerden und die geschilderten Tatsachen, die man ohne Erfolg zu widerlegen versuchte, nimmt zur gleichen Zeit nun auch die Weltpresse auf und die deutsche Frage in der Tschechoslowakei wird immermehr zum Blickpunkt des internationalen Interesses. Die allgemeine Meinung des Auslandes ist: die endgültige und vorbehaltlose Befriedigung des Sudetendeutschtums ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Frieden in Europa. Die gegen uns erhobenen Vorwürfe wegen der Auslandspropaganda müssen gegenstandslos bleiben: Die reine Wahrheit genügt, wir haben nie übertrieben oder gelogen. Bei dieser Gelegenheit halte ich die Feststellung für erforderlich, dass der geringste Teil der Informationen durch uns im Auslande geschieht, sondern dass ~~tatsächlich~~ die meisten Auslandspolitiker und Journalisten zu uns ~~selbst~~ kommen, um sich mit uns über die Lage zu unterhalten. Und wir haben ihnen immer die Möglichkeit geboten, sich von der Richtigkeit unserer Informationen in Prag

35

durch den Besuch unseres deutschen Siedlungsgebietes augenscheinlich zu überzeugen.

Zur gleichen Zeit

Die Beunruhigung des Auslandes durch die vorgefundenen Verhältnisse drückt sich in dringlichen Appellen an die tschechische Regierung aus und setzt diese unter Druck. ~~Auf der anderen Seite~~ gibt der aktivistische Abgeordnete Jaksch im Budgetausschuss unverhüllt zu, dass der Aktivismus ohne Erfolg sich verblute, und der BdL-Obmann Hacker erklärt auf einer Landjugendtagung: "Die Politik des BdL ist verfehlt!" Zu-dem zeigendie mit Hilfe der Aktivisten vorsichtig arangierten Gemeindepobewahlen anfangs Dezember, dass die Stellung der SdP nicht erschüttert ist, sondern sogar noch fester geworden war und daher von einer weiteren Aushöhlungs und Aushungerungspolitik "nichts zu erhoffen ist".

Auf eine scharfe Redé des Abgeordneten Dr. Rosche im Parlament antwortet der Ministerpräsident Dr. Hodža: "Die Debatte über das deutsche Problem war für die Regierung lehrreich und erwünscht. Sie beweist, dass in der öffentlichen Meinung die Ansicht heranreift, dass wir die Nationalitätenprobleme, soweit sie noch nicht gelöst sind, zu lösen haben. Nach der Regelung unaufschiebbarer Aufgaben wirtschaftlicher, finanzieller und die Verteidigung des Staates betreffender Natur besteht kein Grund, dass wir in der Lösung des Problems der inneren Verwaltung, der regionalen und Minderheitenfragen ein schnelleres Tempo einschlagen", Damit erklärt er diesmal vor aller Oeffentlichkeit, dass die Regelung dieses wichtigsten innerstaatlichen Problems noch keineswegs gelungen sei. Das bedeutendste in dieser Erklärung, die ja nur Versprechungen für die Zukunft enthielt, war jedenfalls, dass sie nicht freiwillig erfolgte, noch als Ergebnis der politischen Arbeit der deutschen Aktivisten gewertet werden konnte, sondern einzig und allein der politischen Zwangslage entsprang, die nur durch die Arbeit und durch den Kampf der Sudetendeutschen Partei im In- und Auslande geschaffen worden war.

Die uneingestandene Erkenntnis dieser sich immer schneller entwickelten Lage veranlasste den Ministerpräsidenten am 24. Jänner 1937 in einer Rundfunksprache anzukündigen, dass "die Regierung bereit sei, mit den deutschen Regierungsaktivisten über die richtige Lösung der Minderheitenfrage in Verhandlungen zu treten." Allerdings kämen Punktationen und Versöhnungsversuche nicht in Frage: "Aus der schönen, edlen Tradition der Minderheitenpolitik der Tschechoslowakei seit 1926 geht logisch alles das hervor,

36

was die Regierung heute unternimmt," Am 27. Jänner 1937 kam es dann unter salbungsvollen Ansprachen - die allerdings seit jeher zu edlen Tradition unserer Regierung gehören - zur Ueberreichung der Denkschrift der deutschen Sozialdemokraten, Christlichsozialen und des Bundes der Landwirte. Zehn Mann hoch - darunter die drei aktiven Minister - dürfen bescheidene und vorher ~~Abwe~~ festgelegte Forderungen überreichen. Der Inhalt der Denkschrift wird der Oeffentlichkeit auf da sorgfältigste verschwiegen, die Tatsache der Ueberreichung selbst aber wurde sofort von der tschechischen Auslandspropaganda entsprechend ausgewertet. Charakteristisch ist, dass in der selben Zeit ein Mitglied der Regierung in einer tschechischen Parteiversammlung erklärt, dass die Deutschen schon mehr haben, als ihnen nach den Verträgen zustehe. Von den gläubigen Anhängern der Aktivisten aber wurde für das Sudetendeutschtum ein grosszügiges Entgegenkommen der Regierung erwartet, das über das bisher erreichte hinaus Zugeständnisse bringen sollte. In Wirklichkeit aber wurde gar nicht mehr mit den Ueberreichern verhandelt, sondern die so wichtige deutsche Angelegenheit lediglich in den vier Wänden der Burg oder des Ministerratspräsidiums behandelt: Es zeigte sich, dass man auf tschechischer Seite ~~von dem~~ ^{an} ~~an~~ ^{von} hoher Stelle geäusserten Grundsatz festhielt, "wir haben den Staat geschaffen und nur wir werden über ~~eventuelle Abänderungen~~ ^{praktische Probleme} sprechen und entscheiden".

Die 70 Prozent des Sudetendeutschtums waren sich von vornherein klar, dass die ganze Aktion keinesfalls zur Lösung der deutschen Frage in der Tschechoslowakei führen könne. Schon die offizielle Abwertung von der "Lösung des Problems" zum "Ausgleich ohne Punktationen" und schliesslich zur "Regelung einiger Fragen auf administrativem Wege" zeigte dem völkischen Sudetendeutschtum, was letzten Endes zu erwarten war.

Um eine grundsätzliche Stellungnahme der SdP ~~der~~ der Regierung geben zu können und der gesamten Oeffentlichkeit den Standpunkt Konrad Henleins zu den Verhandlungen aufzuzeigen, sprach eine Abordnung von vier Parlamentariern nach einer vorausgegangenen Vereinbarung beim Ministepräsidenten vor und erklärte, dass durch bloss administrative Massnahmen die politische Lage weder grundlegend noch dauernd gebessert werden könne, sondern nur durch eine Reihe von Gesetzen, die Sicherheit bieten, dass sich Verfassung und Verträge praktisch auswirken werden. Das selbst in Kreisen der

tschechischen Staatsmänner die Unzulänglichkeit ^{namhaft} / gefühlt wurde, zeigt die Stellungnahme Dr. Hodžas zu dieser Vorsprache der SdP, die, durch da amtliche Pressebüro ausgegeben, den Satz beinhaltet, dass "der grundsätzliche Rechtskampf der SdP als druchaus legal erklärt" wird und dass "die tschechoslowakische Verfassung die Möglichkeit bietet, auch die noch ungelöst gebliebenen Nationalitätenprobleme zu lösen."

Die SdP sieht in der Aktion lediglich eeinen letzten Versuch mit einer alten Konzeption und die letzte Etappe der im Jahre 1926 begonnenen Bemühungen, die nationalpolitischen Verhältnisse im Staate auf administrativen Wege zu bessern. Teilösungen können ^{aber} 1937 nicht mehr helfen, noch dazu, wenn sie vom tschechischem Volke auf Grund ^{der} Schreibeise der Presse nicht ^{als} ernst sondern nur als ^{Leitlinie} ~~Thesate~~ aufgefasst werden. Die Lösung der deutschen Frage muss von einer neuen geistigen und Plattform ausgehen, auf einer Verhandlungsbasis, Partner als gleichberechtigte am Verhandlungstische Grundsätze gesetzlich verankert werden, ^{deren} ~~die~~ an E Strafsanktionen gesichert ist. Es ist durchaus keine Phrase, wenn wir immer wieder auf Verhandlungen bestehen. Vereinbarungen, die lediglich administ

1153

39

Brünn, 14. November

Interpellation
des Abgeordneten K. H. Frank

an den Herrn Minister für nationale Verteidigung

wegen der Angriffe von Militärpersonen gegen die Sudetendeutsche Partei und gegen das Sudetendeutschtum.

Obzwar der Herr Verteidigungsminister des öfteren betont hat, dass in der tschechoslowakischen Armee gegenüber allen Nationalitäten absolute Toleranz herrscht, was ein dementsprechendes Verhalten der Militärpersonen und insbesondere der höheren Offiziere bedingt, mehren sich die Fälle, wo sich höhere Offiziere gegen das Sudetendeutschtum in einer Weise äussern, welche die Erklärungen des Herrn Ministers für nationale Verteidigung vollkommen widerlegen.

So hat der Militärprokurator von Brünn Oberstleutnant Antonín Franc in der an das Divisionsgericht in Brünn gerichteten Anklageschrift Dtr. 206/37 vom 8. November 1937 die Anklage wegen einer Äusserung nach § 14 des Republiksschutzgesetzes erhoben und die Anklage unter anderem damit ~~geb~~ begründet, dass "der Angeklagte deutscher Nationalität und Anhänger der Sudetendeutschen Partei sei, welche die verfassungsmässige Einheitlichkeit und die demokratisch-republikanische Form der Tschechoslowakischen Republik vernichtet und im Programme hat, in der Tschechoslowakischen Republik Institutionen einzuführen, welche im Deutschen Reiche eingeführt sind. Es sei auch allgemein bekannt, dass das derzeitige Regime im Deutschen Reiche sich bemüht, die mit Staatsbürgern deutscher Nationalität besiedelten Gebiete der Tschechoslowakischen Republik an das Deutsche Reich anzuschliessen. Es sei sicher, dass der Beklagte durch seinen Ausspruch die anwesenden Personen auf das Programm der Sudetendeutschen Partei aufmerksam machen wollte, weshalb er auch den Ausspruch tat".

Diese Anklagebegründung ist eine unerhörte Verdächtigung gegenüber der Sudetendeutschen Partei, welche schon von ihrem Entstehen an betont hat, dass sie auf dem Boden dieses Staates stehe. Die Anklagebegründung bildet in ihrem weiteren Teile auch eine unerhörte Verdächtigung des benachbarten Deutschen Reiches, welche dadurch noch erschwert wird, dass sie von einem staatlichen Funktionär in einer offiziellen Anklageschrift erhoben wird.

Der aus der Anklageschrift entgegenschlagende chauvinistische Geist lässt auf die entsprechenden Folgen schliessen, welche eine solche Anschauung eines hohen Offiziers bezüglich in der tschechoslowakischen Armee dienenden Sudetendeutschen haben müssen.

~~Die Erklärung des Herrn Ministers für nationale Verteidigung werden weiters widerlegt durch das Verhalten eines Stabskapitäns, der in Heinzendorf stationiert ist und der am 11. September 1937 vormittags den Bauer Rudolf Wolf aus Heinzendorf No. 15 fragte, ob er bei ihm Militär beherbergen könnte und auf die verneinende Antwort des Landwirts Wolf erklärte: "Ganze Gemeinde ist verfluchtes Hutlerbagage, war ich schon in vielen Gemeinden aber so schlecht wie in Heinzendorf war es nirgends". Auch diese Äusserung lässt darauf schliessen, wie der Herr Stabskapitän auch in übrigen Fällen zu seinen Untergebenen sich verhalten wird.~~

obige Stelle ist bereits erledigt!

Die Interpellanten stellen daher an den Herrn Minister für nationale Verteidigung die

Anfrage :

1. Ist der Herr Minister bereit, den oben gerügten Tatbestände untersuchen zu lassen ?

2. Ist der Herr Minister bereit, dafür zu sorgen, dass hohe tschechoslowakische Offiziere solche feindliche Äusserungen gegen die Sudetendeutsche Partei sowie derartige ungehörige Angriffe gegen das Sudetendeutschtum und das Deutsche Reich unterlassen?
3. Ist der Herr Minister bereit, dafür zu sorgen, dass gegen ~~den~~ ^{den} beiden genannten Offiziere ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird und dass dieselben bestraft werden?

Prag, am 17. Dezember 1937.

17. XII. 1937

8886